

Rede zum Kreishaushalt 2021

Das Wesentliche zuerst: Dieser Haushalt ist entgegen aller Unkenrufe ausgeglichen und er sieht eine Senkung der Kreis- und Schulumlage von 1,2 Prozent auf jetzt 51 % vor.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass zwar die Kreis- und Schulumlage in 2013 noch bei 57 % lag, aber nur 142 Mio. in den Kreishaushalt flossen. Dieses Jahr – mit 51 % liegen die Einnahmen trotz der Senkung um 6 % bei 176 Mio.

Also trotz der prozentualen Senkung um 6 %-Punkten eine Einnahmesteigerung von 34 Mio., also 24 %.

Und das liegt allein daran, dass die Landkreiskommunen in den letzten Jahren deutlich ihre Grund- und Gewerbesteuern angehoben haben, anheben mussten, um der defizitären Lage der Kommunen entgegen zu wirken. An diesen Steuererhöhungen, also Mehreinnahmen der Kommunen, hat der Landkreis zu rund 50 % finanziell profitiert.

Allerdings liegen die tatsächlichen Einnahmen aus der Kreis- und Schulumlage im Vergleich zu 2020 in diesem Jahr minimal niedriger, bei 176 Mio. knapp 200.000 €.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass der Kreishaushalt nur deshalb ausgeglichen worden ist, weil wir massiv Rücklagen aufgelöst haben. Das geht dieses Jahr, aber nicht jedes Jahr.

Ausdrücklich begrüßen wir auf der Ausgabeseite die leider notwendigen unverändert hohen Investitionen in unsere Schulen und Sporthallen.

Massive Kritik kommt von uns auf der Einnahmeseite für die nicht auskömmliche Finanzierung durch das Land für die Unterbringung und Betreuung der zugewiesenen Geflüchteten.

Ein Defizit von 7,1 Mio. Euro in diesem Bereich ist eine nicht zumutbare Belastung für den Landkreishaushalt.

Ich glaube trotzdem, dass die Kommunen mit einem solchen Kreishaushalt leben können.

Was uns noch viel mehr umtreibt sind die Personalkosten. Auch hier sind die Steigerungen und der Zuwachs an Stellen im Stellenplan erheblich. Haben die Kommunen in den vergangenen Jahren Stellen abgebaut, baut der Landkreis kontinuierlich auf.

Lagen die Personalkosten 2015 noch bei 54 Mio. sind sie jetzt auf 74 Mio. gestiegen, das sind 37 % mehr als vor 5 Jahren. Zieht man davon die jährlichen Lohnsteigerungen von rd. 5 %/Jahr ab, bleiben immer noch über 20 % mehr

Lohnkosten übrig, die für zusätzliche Stellen im Stellenplan ausgewiesen aber auch viele befristete Stellen ausgegeben werden. Und das System funktioniert so:

Zunächst wird befristet eingestellt, das kostet, ist aber im Stellenplan nicht aufgeführt, und dann ein, zwei oder drei Jahre später kommt dann der Hinweis, wir übernehmen die befristet Angestellten in den Stellenplan und entfristen die Verträge, aber das kostet den Landkreis ja kein zusätzliches Geld. Deshalb muss genau das auf den Prüfstand. Natürlich haben wir in den vergangenen Jahren erhebliche Personalzuwächst im Bereich der Flüchtlingsunterbringung und Betreuung, aber hier hat sich die Lage mittlerweile entspannt. Und wir haben im Sozialbereich Personalmehrbedarf. Aber an dieser grundsätzlichen Schraube muss sich jetzt endlich einmal etwas ändern.

Deshalb unser Antrag, bei allen Extra-Wünschen der Fraktionen zum Haushalt, sollte das auf keinen Fall über eine Stellenerweiterung – egal ob befristet oder unbefristet – das kostet das gleiche Geld – finanziert werden. Wenn Sie, und hier spreche ich vor allem die Grünen und die SPD an, zusätzliche Stellen haben wollen, dann machen Sie doch bitte auch entsprechende Einsparvorschläge an anderer Stelle.

Da heut alle Anträge mit zusätzlichen Stellen zurückgezogen wurden bzw. zu Prüfaufträgen umformuliert wurden, hat sich damit unser Antrag erledigt und wir können ihn zurückziehen.

Unser zweiter Antrag betrifft ein konkretes Schulprojekt:

Die Elisabeth-Selbert-Schule in Zierenberg hat an einem Wettbewerb des Hess. Umweltministeriums zum Thema „Klimafreundlicher Schulhof“ teilgenommen. Das Ministerium fördert den Umbau von max. 10 Schulhöfen zu klimafreundlichen Schulhöfen bis zu max. 400.000 € Kosten. Allerdings müssen 10 % selbst aufgebracht werden, vordringlich die Planungskosten und sonstigen Nebenkosten im Rahmen des Projektes.

Die Schule schafft es nicht alleine, diese max. 40.000 € durch Spenden oder Sponsoren aufzubringen, deshalb der Antrag, dass der Kreis diesen Eigenanteil übernimmt. Der Förderverein der Schule kann sich, entsprechend der Satzung und unter dem Vorbehalt der Gemeinnützigkeit zwar auch anteilig beteiligen, aber niemals in dieser Größenordnung. Der Landkreis ist Eigentümer der Flächen, ist an der Beantragung des Projektes auch beteiligt gewesen und hat es befürwortet. Und letztendlich bekommt er einen optimalen neu gestalteten Schulhof für einen minimalen Beitrag. Deshalb bitten wir auch hier um Ihre Zustimmung.

Mit Rücksicht auf die im Ältestenrat vereinbarte Zurückhaltung bei den Haushaltsreden kann ich zum Schluss sagen, dass wir dem Haushalt in der vorgelegten Form zustimmen.

Dr. Bärbel Mlasowsky

(Freie Wähler Landkreis Kassel)